



Kompetenzen und Inhalte des Bildungsplans	Unterrichtsinhalte	Hinweise/Vorschläge zur möglichen Vertiefung und Erweiterung des Kompetenzerwerbs
1. SOZIALSTRUKTUR UND SOZIALSTAATLICHKEIT IM WANDEL		
1.1 Gesellschaftlicher Wandel und gesellschaftspolitische Herausforderungen		
Leitfrage: „Die Zukunft ist auch nicht mehr das, was sie mal war“ – Wohin entwickelt sich die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland?		
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • Daten zur Analyse der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland auswerten; • Ursachen, Entwicklungstendenzen und mögliche Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels erläutern; • Ansätze zur Beschreibung der Sozialstruktur sowie deren Indikatoren darstellen und beurteilen; • Möglichkeiten der Gesellschaftspolitik erörtern. 	<p>Modelle zur Beschreibung der Gesellschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Klassen, Schichten, soziale Lagen, Milieu- und Lebensstil-Modelle - Die Wiederentdeckung der Unterschicht - Abstiegsangst der Mittelschicht <p>Auswertung von Daten, z.B. Einkommen, Vermögen, Bildung</p> <ul style="list-style-type: none"> - soziale Mobilität <p>Ansätze zur Beschreibung des Wertewandels:</p> <ul style="list-style-type: none"> -Pflicht- und Akzeptanzwerte vs. Selbstentfaltungswerten; Postmaterialismus; Individualisierung, Pluralisierung <p>Gesellschaftspolitik als Reaktion auf Wertewandel:</p> <ul style="list-style-type: none"> - z.B. Diskussion um Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften - z.B. Ehe-, Familien-, Steuerrecht 	<p>Exkursion: Soziale Stadterkundung – Wohnumfelder verschiedener Schichten bzw. Milieus, Auswirkungen auf Besuch weiterführender Schulen, Wahlergebnisse, Kirchgang etc.</p> <p>Zielgruppenanalyse in Wahlkampf und Werbung</p> <p>Selbstständige Erhebung und Auswertung von Daten, z.B. zur Werteorientierung von Jugendlichen</p> <p>Analyse von Studien zum Wertewandel, z.B. Shell-Jugendstudie</p> <p>Vergleichende Analyse unterschiedlicher Entwicklungen in West- und Ostdeutschland</p> <p>Innere Einheit als gesellschaftspolitische Aufgabe</p>



1.2 Bevölkerungsentwicklung und Migration		
Leitfrage: Deutschland vergeist – was tun?		
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> ihre Kenntnisse der Gesellschaftsanalyse auf die Beschreibung aktueller Entwicklungen anwenden; Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung darstellen und deren Implikationen beurteilen; das Phänomen der Migration als besondere gesellschaftspolitische Aufgabe erfassen; Maßnahmen der Integrationspolitik erläutern und in der Kontroverse über Zielsetzung und Reichweite von Integrationspolitik Stellung beziehen 	<p>Demographischer Wandel:</p> <ul style="list-style-type: none"> Zusammenhang mit Wertewandel Folgen für Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Arbeitswelt 	<p>Wohnsoziologie: Mehr-Generationen-Häuser, Alten-Wohngemeinschaften Alte Menschen als Zielgruppe von Wahlkampf und Werbung</p>
	<p>Migration:</p> <ul style="list-style-type: none"> Ursachen von Migration Gewandelte Perspektive vom Gastarbeiter zum Migranten 	<p>Expertengespräch, z.B. mit Vertretern von türkischen, griechischen Kulturvereinen</p>
	<p>Integrationspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> Rechtsstatus von Zuwanderern Zuwanderungs- und Einbürgerungsrecht Entstehung von Parallelgesellschaften Integration im Schulsystem 	
1.3 Die Ausgestaltung des Sozialstaats		
Leitfrage: (K)eine Zukunft für Alte, Kranke und Arbeitslose – wie kann der Sozialstaat erhalten werden?		
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes analysieren und interpretieren; die Grundprinzipien und Kernbereiche des Systems der sozialen Sicherung erläutern; Solidarität und Subsidiarität als Grundprinzipien unterschiedlicher sozialpolitischer Ansätze definieren; Probleme des modernen Sozialstaats zusammenfassend darstellen; 	<p>Sozialstaat:</p> <ul style="list-style-type: none"> Gerechtigkeitsbegriffe (Verteilungs-, Chancen-, Leistungsgerechtigkeit) Interpretation des Sozialstaatsgebots (Art. 20) Versicherungs-, Fürsorge-, Versorgungsprinzip Fallbeispiel: z.B. Arbeitslosengeld II, Rente, Krankenversicherung 	<p>Erarbeitung der Sozialstaatsbegriffe verschiedener Parteien</p>
	<p>Probleme des Sozialstaats und Reformdiskussion:</p> <ul style="list-style-type: none"> Weiterführung des Fallbeispiels: z.B. Finanzierungsprobleme bei ALG II oder Rente oder Krankenversicherung Lösungsansätze: Eigenverantwortung, Leistungskürzung, Erhöhung der Beiträge 	<p>Politische Forderungen der Parteien im ausgewählten Themenfeld</p>



<ul style="list-style-type: none"> • verschiedene Reformansätze, die auf die Probleme des Sozialstaats zu antworten versuchen, darstellen und beurteilen; • die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik und ihrer Reichweite darstellen und beurteilen; • die Forderung nach einer europäischen Sozialunion unter politischen und wirtschaftlichen Aspekten erörtern. 	Europäische Sozialpolitik: - Vergleich der Sozialpolitik verschiedener europäischer Staaten in einem ausgewählten Themenfeld - Sozialpolitische Kompetenz der EU - Notwendigkeit einer europäischen Sozialpolitik	Übertragbarkeit sozialpolitischer Regelungen anderer europäischer Staaten auf Deutschland
2. WIRTSCHAFTLICHE DYNAMIK UND WIRTSCHAFTSPOLITIK		
2.1 Markt und Staat		
Leitfrage: Markt oder Staat – wer soll die Wirtschaft lenken?		
Die Schülerinnen und Schüler können <ul style="list-style-type: none"> • die Dynamik der Marktwirtschaft anhand einzelner Aspekte beschreiben; • ökologische und gesellschaftliche Folgeprobleme erläutern; • ökologische und gesellschaftliche Folgeprobleme erläutern; • zu Grundpositionen in der Debatte über die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft Stellung nehmen. 	Marktwirtschaft: - Charakteristika der Marktwirtschaft im Vergleich zur Planwirtschaft - Rolle des Wettbewerbs (z.B. bei aktuellen Innovationen) Folgeprobleme: - Folgen einer reinen Marktwirtschaft ohne Staatseingriffe, z. B. bei der Finanzmarktkrise, in der Ökologie, bei der Einkommens- und Vermögensentwicklung, bei der Bewältigung sozialer Risiken Rolle des Staates in der Marktwirtschaft: - Wirtschaftspolitische Rahmen durch das Grundgesetz - Spannungsverhältnis zwischen Eigentums- und Freiheitsrechten und dem Sozialstaatsprinzip, z. B. Mietrecht, Kündigungsschutz, Mindestlöhne	Expertengespräch mit Vertretern von Gewerkschaften und Unternehmen
2.2 Aufgaben der Stabilisierungspolitik		
Leitfrage: Wachstum, Arbeit, stabile Preise, Außenhandel – ist die Wirtschaftspolitik viereckig und magisch?		



<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlauf und aktuellen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung mithilfe ausgewählter Indikatoren darstellen; • daraus den aktuellen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf ableiten und erklären; • Leistung und Reichweite der Instrumente der Wirtschaftspolitik analysieren und bewerten; • Zielvorgaben und Zielerfüllung in der Geld- und Fiskalpolitik darstellen. • Aufgabenbereiche der Stabilisierungspolitik (Wachstumspolitik, Konjunkturpolitik, Strukturpolitik) unterscheiden; • die Diskussion um die Erweiterung des wirtschaftspolitischen Zielkatalogs (Magisches Viereck) erläutern und dazu Stellung nehmen. 	<p>Ziele der Wirtschaftspolitik: Das magische Viereck</p> <ul style="list-style-type: none"> - Messgrößen des magischen Vierecks: Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenquote, Warenkorb, Handelsbilanz - Problematisierung des Aussagekraft dieser Messgrößen (z.B. ist das BIP ein geeigneter Indikator zu Messung von Wohlstand?) - mögliche Dimensionen der Erweiterung des magischen Vierecks (Ökologie, Verteilungsgerechtigkeit, Schuldenabbau,...) 	<p>Zusammenarbeit mit Banken: Vortragsreihe zu aktueller Wirtschaftspolitik</p>
	<p>Wirtschaftliche Entwicklung mit Hilfe der Indikatoren des Magischen Vierecks:</p> <ul style="list-style-type: none"> - an welcher Ecke „zwick“ es gerade besonders? 	
	<p>Ansätze und Instrumente stabilitätspolitischer Konzeptionen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nachfrageorientierte vs. angebotsorientierte Politik - Möglichkeiten und Grenzen des Staates bei der Wachstums-, Konjunktur- und Strukturpolitik 	<p>Expertengespräch mit Vertretern von Gewerkschaften und Unternehmen</p>

2.3 Globalisierung und Strukturwandel

Leitfrage: Made in Germany – wie lange noch?

<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • anhand von Tabellen beziehungsweise Grafiken Entwicklungen der Weltwirtschaft darstellen; • in einem Überblick Dimensionen und Erscheinungsformen des Globalisierungsprozesses erläutern; • Erklärungsansätze für Globalisierung vergleichen und beurteilen; • die Chancen und Risiken einer zunehmenden Verflechtung und Interdependenz der Weltwirtschaft darstellen und erörtern; • Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und internationaler Politik erörtern und dabei die Rolle der Nationalstaaten beurteilen. 	<p>Globalisierung: Begriffsklärung, Dimensionen (Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur) Ursachen, Strukturwandel als Folge</p> <p>Theorien zur Internationalen Arbeitsteilung (z.B. absolute und komparative Kostenvorteile, Faktorproportionentheorie,...)</p>	<p>Globalisierung und Strukturwandel vor Ort:</p> <p>Wandel der regionalen Wirtschaftsstruktur erforschen</p> <p>Betriebserkundung: Zulieferung (Global Sourcing), Standorte, Absatzmärkte, etc.</p>
	<p>Verflechtung der Weltwirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Voraussetzungen und Folgen 	
	<p>Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und internationaler Politik:</p> <ul style="list-style-type: none"> - staatliche Strukturpolitik - internationale Institutionen (WTO, IWF, Weltbank,...) 	



3. POLITISCHE INSTITUTIONEN UND PROZESSE		
3.1 Politische Teilhabe und Demokratie		
Leitfrage: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ – aber wie?		
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • die institutionalisierte politische Partizipation als wesentliche Grundlage legitimer demokratischer Herrschaft darstellen und im Überblick beschreiben; • die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern und die Kritik an den Medien beurteilen; • den Zusammenhang zwischen Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement sowie Zivilcourage und der Zukunft der Demokratie untersuchen und beurteilen; • direkte und indirekte Teilhaberechte (Artikel 5, 8, 9, 20, 21, 28 GG) sowie die verschiedenen Ebenen der Teilhabe (Europäischen Union, Bund, Länder, Gemeinden) differenziert darstellen; • die Funktion der Parteien in der repräsentativen Demokratie erläutern; • die Kritik an den Parteien und am Parteienstaat überprüfen; • den Wandel des Parteiensystems erklären • Wahlrecht und Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland erklären; • eine aktuelle Wahl anhand ausgewählter Faktoren analysieren; • die Partizipationsmöglichkeiten in der repräsentativen Demokratie bewerten; 	<p>Partizipationsmöglichkeiten im Grundgesetz, in der Landesverfassung und der Gemeindeordnung sowie auf europäischer Ebene Fallbeispiel zum Thema Bürgerentscheid auf kommunaler oder Landesebene (z.B. Abstimmung über sechsjährige Primarschule in Hamburg im Juli 2010) Demonstrationsrecht, Vereinigungsfreiheit</p>	<p>Expertengespräch mit Vertretern einer Bürgerinitiative</p>
	<p>Parteien</p> <ul style="list-style-type: none"> - Programme von Parteien - Willensbildungsprozess innerhalb von Parteien untersuchen (innerparteiliche Demokratie, Oligarchietendenzen) - Rolle der Ortsvereine bzw. –verbände - Schwächung der Volksparteien - Entstehung neuer Parteien - Parteienkritik (Kriterien zur Unterscheidung von berechtigter Kritik und unreflektierter Polemik) 	<p>Besuch öffentlicher Parteiveranstaltungen</p>
	<p>Wahlen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bundestagswahlsystem: Problem der Legitimation von Macht (z.B. Fünf-Prozent-Hürde, Überhangmandate) - Wahlkampf: Medien des Wahlkampfs und ihre Wirksamkeit - Methoden und Theorien der Wahlforschung (sozialstrukturelle, psychologische Ansätze) 	<p>Umfrage unter Bürgern, welche Kriterien für ihre Wahlentscheidung relevant sind. Analyse der Wahlergebnisse ausgewählter Wohngebiete Arbeit mit Grafstat</p>
	<p>Medien</p> <ul style="list-style-type: none"> - Medien als „vierte Gewalt“ - Verbindungen zwischen Medien und Politik - Entpolitisierungstendenzen durch Medien (z. B. durch Auftritte von Politikern in Unterhaltungssendungen) 	



<ul style="list-style-type: none">repräsentative und plebiszitäre Demokratie-konzeptionen definieren und vergleichen.	Bürgerbeteiligung Beispiele für bürgerschaftliches Engagement	
3.2 Gewaltenteilung und Kontrolle politischer Herrschaft		
Leitfrage: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser: Wer kontrolliert die Regierung?		
Die Schülerinnen und Schüler können <ul style="list-style-type: none">Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland anhand des Grundgesetzes erklären (Artikel 20, 43, 63, 67 GG);verschiedene Kontrollmöglichkeiten in der parlamentarischen Demokratie benennen;die Rolle von Regierung, Mehrheits- und Minderheitsfraktionen bei der parlamentarischen Kontrolle beschreiben und anhand geeigneter Kategorien beurteilen;die Kontrolle politischer Herrschaft in Verfassungsrecht (Grundgesetz) und Verfassungswirklichkeit (Bundesrepublik Deutschland) vergleichen;Gewaltenteilung und -kontrolle in der Europäischen Union darstellen;die Kontrollfunktion der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofes zur Einhaltung von EU-Recht bewerten;die Kontrollfunktionen des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags vergleichen; die Wirksamkeit formeller und informeller Kontrolle auf nationaler und europäischer Ebene bewerten;die Wirksamkeit formeller und informeller Kontrolle auf nationaler und europäischer Ebene bewerten.	Gewaltenteilung und -verschränkung: Überblick über die Verfassungsorgane Verhältnis von Exekutive und Legislative in Deutschland Vergleich parlamentarischer und präsidentieller Systeme	Besuch von Bundestag, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht, Landtag oder Europaparlament
	Kontrolle außerhalb der parlamentarischen Opposition: Medien Bundesverfassungsgericht horizontale Gewaltenteilung durch Föderalismus	
	Gewaltenteilung und Kontrolle auf europäischer Ebene Vergleich des Institutionengefüges von EU und BR Deutschland Verteilung der Macht auf Ministerrat, Kommission und Parlament	



3.3 Politischer Entscheidungsprozess		
Leitfrage: Wie sollen Entscheidungen fallen – schnell und effizient oder mit breitem Konsens?		
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> das Gesetzgebungsverfahren nach dem Grundgesetz erläutern und mit der Verfassungswirklichkeit an einem aktuellen Beispiel vergleichen; Artikel 20 GG und neue Staatszielbestimmungen erläutern und beurteilen; staatliche Reformfähigkeit und Problemlösungsverfahren bewerten; diese mit der Problemlösungskompetenz der Europäischen Union vergleichen. 	<p>Ablauf eines Gesetzgebungsverfahrens</p> <p>Bewertung politischer Systeme anhand von Kriterien wie Effizienz, Legitimität, Repräsentativität, Reaktionsfähigkeit, Stabilität, etc.</p>	
4. INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND INTERNATIONALE POLITIK		
4.1 Struktur der Staatenwelt und Konfliktbewältigung		
Leitfrage: Asymmetrische Kriege, gefährdeter Frieden oder Weltgemeinschaft – in welcher Welt leben wir?		
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> sicherheitspolitische Herausforderungen exemplarisch anhand einer aktuellen Konfliktsituation analysieren; Risiken für die innere und für die äußere Sicherheit abgrenzen von ökologischen und wirtschaftlichen Risiken; die Struktur der internationalen Staatenwelt mithilfe eines Kategorienmodells beschreiben; den Beitrag internationaler Organisationen, insbesondere der NATO und der UNO, zur 	<p>Theorien zur internationalen Politik: z.B. Realismus, Institutionalismus und Liberale Schule Anarchie der Staatenwelt vs. Multilateralismus</p> <p>Aktuelle Friedensgefährdungen und Konflikte: z.B. Konflikte um atomare Aufrüstung, Ressourcenkonflikte, ethnische und religiöse Konflikte, Wirtschaftskonflikte, Staatszerfall Vernetzung von innerer und äußerer Sicherheit durch Terrorismus</p> <p>Rolle internationaler Organisationen UNO: Charta, Hauptorgane, Maßnahmen zur Friedenserhaltung (peace-keeping) und zur Durchsetzung von Resolutionen (peace-enforcing)</p>	<p>dreitägiges Planspiel POLIS (mit Jugendoffizieren der Bundeswehr)</p>



Friedenssicherung und Konfliktbewältigung bewerten.	Bewertung der Machtverteilung im Sicherheitsrat Reformvorschläge	
	NATO: Wandel der NATO unterschiedliche Interessen der Mitglieder (Amerika, Westeuropa, Osteuropa) Auslandseinsätze der NATO und ihre Legitimität	Expertenvortrag bzw. -gespräch mit Jugendoffizier
4.2 Friedenssicherung durch Demokratisierung und Menschenrechtspolitik		
Leitfrage: Kann man Demokratie und Menschenrechte „exportieren“, um Frieden zu schaffen?		
Die Schülerinnen und Schüler können <ul style="list-style-type: none">den Prozess der Friedenssicherung durch Demokratisierung erläutern ;	Prämisse der liberalen Schule: friedliche Konfliktaustragungsmuster im Innern einer Demokratie prägen den Konfliktaustrag in der Außenpolitik Voraussetzungen und Grenzen der erfolgreichen Ausbreitung der Demokratie	
<ul style="list-style-type: none">Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ausbreitung der Demokratie erörtern;die These einer einheitlichen Weltzivilisation beziehungsweise eines Zusammenpralls der Kulturen erörtern;Legitimität, Nutzen und Notwendigkeit einer aktiven Menschenrechtspolitik erörtern.	Fallbeispiele zu Verletzungen von Menschenrechten wie z.B. dem Folterverbot, der Religionsfreiheit, Kinderarbeit, etc. Universalisierbarkeit von Menschenrechten Zielkonflikt zwischen Menschenrechts- und Außenwirtschaftspolitik (z.B. im Verhältnis zu China)	Projekte von amnesty international recherchieren und beurteilen